

**Zum sme connect „OPC Summit 2026“ in Brüssel:**

## **Kommentar von Präsidentin Gabriele Sehorz zur Lage der Ein-Personen-Unternehmen in Europa**

München, 30. Juni 2026

Ich bin sehr froh, dass die Einpersonenunternehmer auch in diesem Jahr wieder in Brüssel zu Wort kommen. Allzu gerne werden ihre Sorgen und Nöte übersehen, obwohl sie die vielen notwendigen Facetten unseres täglichen wirtschaftlichen und privaten Lebens erst ermöglichen.

Ich darf Ihnen jemanden vorstellen:


Sie heißt Maria. Sie ist Übersetzerin. Freiberuflich. Ein Ein-Personen-Unternehmen. Sie übersetzt Fachtexte aus dem Englischen und Französischen ins Deutsche – für Anwaltskanzleien, für Pharmaunternehmen, für Behörden. Sie ist gut in dem, was sie tut. Sie sichert damit ihren Lebensunterhalt.

Im vergangenen Jahr hat Maria an manchen Tagen nicht mehr übersetzt. Sie saß bis in den Abend am Schreibtisch und dokumentierte.

Einer ihrer großen Auftraggeber unterliegt der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Deshalb erhält Maria einen umfangreichen ESG-Fragebogen – nicht weil sie selbst berichtspflichtig wäre, sondern weil ihr Kunde Daten entlang seiner Lieferkette sammelt.

Ein anderer Auftraggeber verlangt eine DSGVO-konforme Auftragsverarbeitungsvereinbarung mit vollständiger Dokumentation.

Ihre Steuerberaterin erinnert sie daran, dass die E-Rechnungspflicht kommt.



Und am Horizont blitzt der AI Act auf, der womöglich auch ihre KI-gestützten Übersetzungstools erfasst.

Maria hat keine Rechtsabteilung. Keine Compliance-Beauftragte. Keine Assistenz. Maria ist die Rechtsabteilung. Maria ist die Compliance-Beauftragte. Maria ist die Assistenz. In einem Ein-Personen-Unternehmen endet jede neue europäische Regel auf demselben Schreibtisch – dem des Unternehmers.

Meine Damen und Herren: Maria ist kein Einzelfall. Maria ist Stellvertreterin für Hunderttausende von Solo-Selbständigen in Europa, die jeden Tag dieselbe Erfahrung machen.

Ja, wir brauchen Regeln, Datenschutz ist richtig. Nachhaltigkeitsberichterstattung ist sinnvoll. Verbraucherschutz ist notwendig. Eine funktionierende Rechtsordnung ist die Grundlage, auf der Unternehmertum überhaupt möglich ist. Aber – und das ist der entscheidende Punkt – wir müssen die Auswirkungen dieser Regeln auf kleine Unternehmen konsequent mitdenken. Nicht als nachträgliche Korrektur. Nicht als Ausnahme-Regelung am Ende eines langen Gesetzgebungsverfahrens. Sondern als Ausgangspunkt.

Die Frage muss lauten: Welches Risiko soll diese Regel eigentlich verhindern? Wie groß ist dieses Risiko bei einem Ein-Personen-Unternehmen? Und rechtfertigt dieses Risiko tatsächlich denselben Aufwand wie bei einem Großkonzern? In vielen Fällen lautet die ehrliche Antwort: Nein.


Beantworten wir uns einmal ehrlich die Frage, wen wir eigentlich meinen, wenn wir von „Unternehmen“ sprechen.

99 Prozent aller Unternehmen in der Europäischen Union sind kleine und mittlere Unternehmen. Die überwältigende Mehrheit davon – über 22 Millionen – sind Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Viele davon: Ein-Personen-Unternehmen. Sie schaffen keine Schlagzeilen. Aber sie schaffen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Dienstleistungen in unseren Städten und Gemeinden – oft als einzige Anbieter in der Fläche.

Und sie haben eines gemeinsam: Was Maria erlebt – das erleben sie alle.

Ganz konkret:

Die Corporate Sustainability Reporting Directive – die CSRD – gilt formal für große Unternehmen. Das ist richtig. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Große Unternehmen, die unter die CSRD fallen, geben ihre Berichtspflichten faktisch weiter – an alle, die für sie arbeiten. Der Handwerker, der Wartungsverträge mit Konzernen hat. Die IT-Beraterin, die Software entwickelt. Die freiberufliche Übersetzerin, die Fachtexte liefert. Sie alle erhalten



heute Fragebögen mit Dutzenden ESG-Kriterien. Sie sollen Emissionsdaten dokumentieren. Diversity-Reports erstellen. Sorgfaltspflicht-Nachweise erbringen.

Für Unternehmen, die aus einer einzigen Person bestehen. zeigt sich, dass gut gemeinte Regulierung in der Praxis unverhältnismäßige Folgen haben kann.

Und das ist nur ein Beispiel. Dazu kommt die DSGVO-Dokumentation. Die E-Rechnungspflicht. Meldepflichten, Aufbewahrungsfristen, Verfahrensverzeichnisse. Und am Horizont bereits der AI Act für alle, die KI-Tools nutzen.

Jede dieser Regelungen hat für sich genommen ihre Berechtigung. Aber in der Summe entsteht eine Belastung, die sich nicht addiert, sondern potenziert – und die auf den Schultern einer einzigen Person liegt. Viele der Ein-Personen-Unternehmer stehen vor einer einfachen Entscheidung. Entweder sie investieren Geld in externe Berater, um Dokumentations- und Nachweispflichten zu erfüllen. Oder sie erledigen diese Aufgaben selbst – und verlieren genau die Zeit, in der sie Kunden betreuen, Innovationen entwickeln oder Umsatz erwirtschaften könnten. Und manche entscheiden sich irgendwann dafür, gar nicht mehr selbständig zu sein.

Europa verliert Wettbewerbsfähigkeit nicht nur, wenn zu wenig gegründet wird. Europa verliert Wettbewerbsfähigkeit auch dann, wenn diejenigen, die bereits gegründet haben, ihre Zeit mit Dokumentation statt mit ihren Kunden verbringen.


Lassen Sie uns daher die Perspektive wechseln. Praxistauglichkeit muss sich im Kleinen bewähren. Wenn wir wollten, lägen die konkreten Lösungen auf der Hand:

**Erstens:** Ein verbindlicher KMU-Test – nicht nur auf dem Papier, sondern mit Konsequenzen.

Jede neue EU-Richtlinie, jede neue Verordnung muss vorab geprüft werden: Wie wirkt sie sich auf Kleinstunternehmen aus? Nicht auf den Mittelstand im Allgemeinen. Auf das Unternehmen mit einer Person. Und wenn diese Prüfung ergibt, dass die Belastung unverhältnismäßig ist – dann muss die Regelung angepasst werden. Nicht als Ausnahme. Als Regel.

**Zweitens:** Ein klares Weitergabe-Verbot für Berichtspflichten an Nicht-Berichtspflichtige. Wenn ein Unternehmen nicht unter die CSRD fällt, darf es von seinen Vertragspartnern auch nicht faktisch dazu gezwungen werden, CSRD-konforme Daten zu liefern. Europa muss hier Klarheit schaffen – durch Leitlinien, durch Standards, durch Durchsetzung.

**Drittens:** Den Omnibus-Prozess jetzt beschleunigen – nicht verwässern. Die Kommission hat mit dem Omnibus-Paket einen richtigen Schritt eingeleitet. Aber wir brauchen mehr als Schwellenwert-Anpassungen. Wir brauchen ein strukturelles Umdenken: Regulierung muss von unten gedacht werden. „Think Small First“ darf kein Slogan bleiben. Es muss Gesetz werden.



Wenn Sie das nächste Mal eine Richtlinie diskutieren – fragen Sie sich nicht zuerst: Was bedeutet sie für große Unternehmen?

Fragen Sie sich: Wie setzt das Maria, die Übersetzerin, um? Allein, abends, nach einem vollen Arbeitstag? Wenn die Antwort lautet: gar nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand – dann ist die Regelung falsch, da sie in der Praxis sich nicht bewähren wird. Dann muss sie geändert werden.

Wir brauchen kein Europa, das für die Kleinsten Ausnahmen schafft. Wir brauchen ein Europa, das für die Kleinsten denkt – und damit bessere Gesetze für alle schafft. Europa gewinnt seine Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Großprogramme allein. Europa gewinnt sie dort, wo Menschen den Mut haben, Verantwortung zu übernehmen – selbständig, eigenverantwortlich, ohne Netz.

Sie brauchen keine Privilegien. Sie brauchen Verhältnismäßigkeit. Sie brauchen Schutz vor überbordender praxisferner Regulierung.

Ich habe Ihnen heute Maria vorgestellt.

Sie steht für Millionen Unternehmerinnen und Unternehmer in Europa. Und ich komme bewusst auf den Gedanken zurück, mit dem ich begonnen habe: In einem Ein-Personen-Unternehmen endet jede neue europäische Regel auf demselben Schreibtisch – dem des Unternehmers. Genau deshalb sollte jede neue europäische Regel ihren Praxistest zuerst dort bestehen.

Wenn Europa für Maria funktioniert, dann gibt es auch morgen noch viele Handwerker und Dienstleister in unseren Orten – eine Wirtschaft, die nah an den Menschen ist.

## **Ein Europa für Maria!**

Vielen Dank!

--.

Der [sme connect OPC Summit 2026](#) findet am 30.6.2026 – 1.7.2026 in Brüssel statt.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an unsere Pressestelle unter: [presse@bds-bayern.de](mailto:presse@bds-bayern.de).

Der Bund der Selbständigen – Gewerbeverband Bayern e.V. vertritt die Interessen von rund 13.000 Unternehmern und Selbständigen mit rund 350.000 Mitarbeitern. Er ist die starke Stimme des bayerischen Mittelstandes.